

# Bildungspotentiale nutzen – Aufstiegchancen ermöglichen

Eine Tagung der Stiftung Marktwirtschaft am 10. November 2010 in Berlin



Prof. Dr. Ludger Wößmann, Barbara Gillmann, Prof. Dr. Barbara Ischinger, Prof. Dr. Michael Eilfort, Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB, Priska Hinz MdB, Prof. Dr. Roland Wölller MdL, Patrick Meinhardt MdB (v. l.)

- 3 Einführung  
Prof. Dr. Michael Eilfort  
*Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft*
- 4 Wissen als Währung der Zukunft  
Prof. Dr. Roland Wölller MdL | *Staatsminister für Kultus und Sport des Freistaates Sachsen*
- 6 Bildungspolitik für gleiche Startchancen – Eine sträflich vernachlässigte Säule der Sozialen Marktwirtschaft  
Prof. Dr. Ludger Wößmann  
*Ludwig-Maximilians-Universität München, ifo Institut für Wirtschaftsforschung*
- 8 Bildungssysteme und Bildungserfolge im internationalen Vergleich – Schlussfolgerungen für Deutschland  
Prof. Dr. Barbara Ischinger | *Direktorin für Bildungswesen der OECD*
- 10 Diskussion mit Impulsstatements aus der Politik  
Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB | *Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion*  
Patrick Meinhardt MdB | *Bildungspolitischer Sprecher und Vorsitzender des Arbeitskreises Innovation, Gesellschaft und Kultur der FDP-Bundestagsfraktion*  
Priska Hinz MdB | *Bildungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen*



Zeichnung: Heiko Sakurai

Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und dauerhafte Prosperität unserer Gesellschaft. Das gilt für Exzellenz und „wissenschaftliche Leuchttürme“ genauso wie für Allgemeinbildung, Sprachfähigkeit und Qualifikation in der Breite. Gerade als ein an natürlichen Rohstoffen armes Land sind wir in Deutschland in besonderem Maße auf Humankapital, Wissenschaft und gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Daneben ist Bildung auf individueller Ebene ein wesentlicher Faktor für eine erfolgreiche Partizipation am Arbeitsmarkt und die Eintrittskarte zu sozialem Aufstieg, Integration und gesellschaftlicher Teilhabe.

In den vergangenen Jahren mehrten sich allerdings die Indizien, dass unser Bildungssystem nur durchschnittliche Ergebnisse hervorbringt. Offensichtlich nutzen wir unsere Bildungspotentiale nicht optimal – sowohl was die Qualität der Ausbildung in den unterschiedlichen Bildungsinstitutionen betrifft als auch im Hinblick auf die Zugangschancen von Kindern und Jugendlichen, insbesondere aus bildungsfernen Schichten. Besorgniserregend ist vor allem der starke Einfluss der sozialen Herkunft auf den Bildungszugang und den Bildungserfolg. Dieses Phänomen läuft der Chancengerechtigkeit und

dem Leistungsprinzip als konstitutive Elemente der marktwirtschaftlichen Ordnung entgegen. Soll das Erhard'sche Diktum, dass die Soziale Marktwirtschaft „Wohlstand für alle“ schafft, nicht zu einer bloßen Worthölse erodieren, sind daher besondere Anstrengungen im Bildungsbereich notwendig.

Doch wie lässt sich die Bildungssituation in Deutschland verbessern? Welchen Beitrag können Politik und Gesellschaft leisten, um möglichst viele Kinder und Jugendliche durch eine gute Ausbildung auf ihre Zukunft vorzubereiten? Und müssen nicht in manchen Fällen auch Jugendliche und ihre Eltern dazu gebracht werden, Bildung als Chance zu begreifen, um ihre eigenen Bildungsanstrengungen zu verstärken und bessere Bildungserfolge zu erzielen?

Diese und andere Fragen an der Schnittstelle von Bildung und sozialer Gerechtigkeit standen am 10. November 2010 im Zentrum unserer Tagung „Kluge Bildungspolitik: Bildungspotentiale nutzen – Aufstiegschancen ermöglichen“. Durch die Tagung führte Barbara Gillmann, Parlamentskorrespondentin beim Handelsblatt.

### Impressum:



## Einführung

Prof. Dr. Michael Eilfort  
Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft

„Die Beschäftigung mit Fragen der Bildungspolitik hat in der Stiftung Marktwirtschaft eine lange Tradition.“ Mit diesem Hinweis begrüßte Stiftungsvorstand Prof. Dr. Michael Eilfort die anwesenden Gäste und betonte, dass sich die Stiftung Marktwirtschaft diesem Thema in den kommenden Jahren noch stärker widmen wolle. Schließlich sei Bildung von zentraler Bedeutung für ein gerechtes Funktionieren der Sozialen Marktwirtschaft. Wohlstand für alle lasse sich nur erreichen, indem man auch Bildung für alle anstrebe. Ohne ausreichende Bildungsangebote blieben hingegen Chancengerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe auch in der Sozialen Marktwirtschaft über kurz oder lang auf der Strecke.

Eilfort verwies auf den immensen Einfluss von Bildung auf den wirtschaftlichen Erfolg der Menschen. So sei beispielsweise das Risiko, arbeitslos zu werden, für Menschen ohne Berufsabschluss rund sechsmal so hoch wie für Akademiker und immer noch etwa dreimal so hoch wie für Menschen mit einer abgeschlossenen Lehre. Diese individuellen Vorteile von Bildung wirkten sich auch positiv auf die gesamte Gesellschaft aus, da der Staat weniger Ressourcen für sozialpolitische „Reparaturmaßnahmen“ und zur Armutsbekämpfung aufwenden müsse. Mit dem für die Marktwirtschaft konstitutiven Prinzip der Chancengerechtigkeit unvereinbar sei der in Deutschland zu beobachtende Missstand, dass die soziale Stellung des Elternhauses sowie das jeweilige Wohnsitzbundesland einen erheblichen Einfluss auf den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen hätten. Dass Kinder, die aus einer Akademikerfamilie stammten, bei gleicher Kompetenz viermal so häufig ein Gymnasium besuchten wie Kinder aus einer Arbeiterfamilie, könne gesellschaftlich nicht „gesund“ sein. Eilfort zeigte sich überzeugt, dass demokratische Gesellschaften eine starke und dynamische Mittelschicht bräuchten, die sich immer wieder auch durch Aufstiegserfolge von unten regeneriere. Ansonsten

drohten gesellschaftliche Erstarrung und sozialer Abstieg für alle, weil zu wenig Köpfe neue Chancen und neues Wachstum schaffen. Soziale Gerechtigkeit fange daher auch und vor allem im Bildungsbereich an. Versäumnisse, die hier entstünden, könnten später kaum noch ausgeglichen werden.

Wer allerdings glaube, man müsse nur mehr Geld in das System pumpen, um bessere Bildungsergebnisse zu erhalten, unterliege einem Trugschluss, argumentierte Eilfort. Zunächst müssten die vorhandenen Mittel effizienter und kreativer eingesetzt werden. Zudem erinnerte er daran, dass Bildung nicht nur eine Bringschuld des Staates, sondern auch eine Holschuld der Eltern sei. „Wo ist der Wille zum Aufstieg in Deutschland geblieben?“ zitierte er den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck. In diesem Zusammenhang müsse man auch die Frage stellen, so Eilfort, ob das gegenwärtige Grundsicherungssystem immer ausreichend positive Leistungsanreize und damit auch Bildungsanreize herstellen könne, oder ob es nicht in manchen Fällen eher kontraproduktiv ähnlich einer „Stilllegungsprämie“ wirke. Diskussionswürdig seien daher Überlegungen, Transferleistungen an Eltern u.a. auch an den regelmäßigen Schulbesuch ihrer Kinder zu knüpfen.

Eilfort warnte davor, das deutsche Bildungssystem trotz mancher Defizite schlechtzureden. Einerseits wünsche man sich zwar schnellere Verbesserungen, andererseits dürfe man nicht außer Acht lassen, dass Veränderungen im Bildungsbereich nur langsam und zeitverzögert wirkten. Darüber hinaus benötige die Schulpolitik ein vergleichsweise großes Maß an Planungssicherheit, so dass man nicht jedes Jahr alles umkrempeln könne. Mit der Vermutung, dass Bildungspolitik zu den dicksten Brettern gehöre, die man in der Politik bohren könne, leitete Eilfort zu den eingeladenen Experten über.



## Wissen als Währung der Zukunft

**Prof. Dr. Roland Wöllner MdL**  
Staatsminister für Kultur und Sport  
des Freistaates Sachsen

Eingangs seines Vortrages verwies Prof. Dr. Roland Wöllner MdL, Staatsminister für Kultur und Sport des Freistaates Sachsen, auf den seit einigen Jahrzehnten verstärkt zu beobachtenden Wandel im Wirtschaftsleben. Technischer Fortschritt und ein sich im Zuge der Globalisierung intensivierender weltweiter Wettbewerb blieben nicht ohne Konsequenzen für Bildung und Bildungsziele in Deutschland. Angesichts dramatisch gesunkener Kosten für die Speicherung, die Übermittlung und die Reproduktion von Informationen sähe man sich heute einer riesigen Informationsflut gegenüber. „Wenn Sie beispielsweise versuchen, etwas im Internet zu recherchieren, dann ist das in etwa so, als ob Sie aus einem aufgedrehten Feuerwehrschauch trinken wollen“, beschrieb Wöllner scherzhaft die Folgen der internationalen Datenvernetzung. Gleichzeitig blieben die Menschen trotz dieser Informationsflut „Wissenszwerg“, da Informationen erst durch einen Anwendungsbezug bzw. eine Kontexteinbettung einen Wert erhielten.

Die eigentliche Herausforderung, vor der die Menschen heute stünden, sei daher ein sinnvoller Umgang mit dem riesigen Informationsangebot. Eine wesentliche Aufgabe der Schulbildung bestehe darin, Orientierungswissen aufzubauen sowie Kinder und Jugendliche mit den für ein eigenes Urteilsvermögen notwendigen Fähigkeiten auszustatten. Minister Wöllner betonte in diesem Zusammenhang auch die Unterscheidung von einer per se zweckfreien Bildung, die nach Erkenntnis und nach Sinngestaltung strebe, und einer eher auf berufliches Anwendungswissen fokussierten Ausbildung.

Anhand von fünf Punkten versuchte Wöllner die Frage zu beantworten, was Bildung ausmache. Erstens bedürfe es einer „Landkarte“ über die unterschiedlichen, miteinander vernetzten Provinzen des Wissens. Darüber hinaus sei es wichtig, sich diese Wissensprovinzen auch selbständig erschließen zu können. Junge Menschen müssten also Lernen lernen. Zweitens beinhalte Bildung ein kritisches Urteilsvermögen, was wiederum eine kritische Distanz zu sich selbst voraussetze. Drittens setze Bildung ein historisches Bewusstsein und ein Verständnis dafür voraus, dass die Geschichte indeterminiert und offen ist. Viertens sei Selbsterkenntnis und eine kritische Auseinandersetzung mit sich selbst notwendig. Als zentrale Funktion von Bildung verwies Wöllner fünftens auf Freiheit und Selbstbestimmung. Konkret bedeute das für junge Menschen, nach der Schule Wahlfreiheiten für die eigene Zukunft, ausreichende gesellschaftliche Teilhabechancen sowie die Chance auf Aufstieg durch Bildung zu haben.

Was die ökonomische Sicht betreffe, so erhöhe das durch Bildung erworbene Humanvermögen die Einkommensmöglichkeiten und verringere das Armutsrisiko. In kaum einem anderen Land der OECD unterscheide sich die Arbeitslosenquote von Akademikern zu der von Menschen ohne Berufsausbildung so stark wie in Deutschland. Eine Investition in die eigene Bildung sei daher die beste Investition gegen die eigene Arbeitslosigkeit und für ein gutes Einkommen. Am Beispiel Sachsens verdeutlichte der Minister darüber hinaus, dass eine gut ausgebildete Gesellschaft insgesamt auch ein positiver

Standortfaktor im Wettbewerb um ausländische Direktinvestitionen sei.

Im Hinblick auf die bildungspolitischen Herausforderungen mahnte Wöllner, dass Bildung und Bildungspolitik eine Generationenaufgabe sei und man daher keine schnell messbaren Ergebnisse produzieren könne. Daher dürfe man auch die jüngsten Verbesserungen in den von der OECD regelmäßig durchgeführten PISA-Studien nicht überbewerten – sie seien ein Ergebnis der Vergangenheit. Umgekehrt gelte, dass Kinder, die heute in den Kindergarten gingen, erst in rund zwanzig Jahren in den Arbeitsmarkt eintreten werden. Erst dann könne man über ihre Bildungserfolge wirklich urteilen.

Im abschließenden Teil seiner Ausführungen konzentrierte sich Wöllner auf vier Erfolgsfaktoren für „gute“ Bildung. Der mit Abstand wichtigste Punkt, der in der öffentlichen Diskussion allerdings oft vernachlässigt werde, seien die Lehrerinnen und Lehrer. Mit Blick auf ihre öffentliche Wertschätzung konstatierte er parteiübergreifend beträchtliche Versäumnisse in der Vergangenheit. Daher müsse ihre Rolle gestärkt werden. Stärker in den Fokus rücken müsse man auch die pädagogische Ausbildung, die im Vergleich zum vermittelten wissenschaftlichen Fachwissen häufig noch zu kurz komme. „Mir ist ein Grundschullehrer lieber, der zwar nicht Differenzgleichungen dritten Grades in der Mathematik perfekt beherrscht, aber in dem ein pädagogisches Feuer brennt und der mit Passion Kinder erzieht und bildet“, formulierte Wöllner.

Daneben dürfe man zweitens den Einfluss des Schulsystems, auch wenn es nicht die ihm früher zugeschriebene Bedeutung habe, nicht ignorieren. Im Interesse eines funktionierenden Bildungsföderalismus, der die Mobilität von Eltern nicht prohibitiv beeinträchtigen dürfe, seien eine bessere Vergleichbarkeit und klarere Strukturen in den

Schulsystemen der Bundesländer anzustreben. Angesichts der Bedeutung, den das Elternhaus für den Bildungserfolg der Kinder habe, setze man in Sachsen zudem darauf, dass Eltern ein selbstverständlicher, kritischer Teil der Schule werden.

Als dritten Punkt verwies der Minister auf das von Walter Eucken geprägte Prinzip der Konstanz der Wirtschaftspolitik und sprach sich für mehr Verlässlichkeit und weniger aktivistische Strukturveränderungen in der Schulpolitik aus. Stattdessen müsse man verstärkt Qualitätsverbesserungen in der Lehre anstreben. Mit Verweis auf das gute Abschneiden Sachsens im Rahmen der PISA-Studien lehnte er ein längeres gemeinsames Lernen ab. In diesem Punkt das Schulsystem umbauen zu wollen, führe über Jahre zu erheblichen Problemen und Reibungsverlusten.

Viertens betonte Wöllner die hohe Bedeutung der frühkindlichen Erziehung und der Bildung in den ersten Schuljahren. Bildung sei ein kumulativer Prozess, daher könne man Versäumnisse im Kindesalter später nur noch schwer ausgleichen. Er könne deshalb nicht verstehen, wie man sich gegen Studiengebühren ausspreche, wenn gleichzeitig der Besuch von Kindergärten kostenpflichtig sei.

Wöllner schloss seine Rede mit dem anekdotischen Hinweis, er habe von 4.000 Jahre alten mesopotamischen Tontafeln gelesen, auf denen stünde, dass die nächste Generation untergehen werde, weil sie weniger wisse als ihre Eltern. Glücklicherweise hätte die Geschichte diese Vermutung widerlegt.

Nicht nur aus ökonomischer Perspektive sei darüber hinaus ermutigend, dass Wissen – anders als etwa Kapital oder Arbeit – der einzige Produktionsfaktor sei, der sich bei stärkerem Gebrauch nicht abnutze, sondern ganz im Gegenteil dabei zusätzliches Wissen generiere.





## Bildungspolitik für gleiche Startchancen – Eine sträflich vernachlässigte Säule der Sozialen Marktwirtschaft

Prof. Dr. Ludger Wößmann  
Ludwig-Maximilians-Universität München,  
ifo Institut für Wirtschaftsforschung

Wie gut gelingt es dem deutschen Bildungssystem, gleiche Startchancen herzustellen? Und mit welchen bildungspolitischen Reformmaßnahmen lässt sich die Situation verbessern? Diese Leitfragen standen im Zentrum des Vortrags von Prof. Dr. Ludger Wößmann (Universität München und ifo Institut für Wirtschaftsforschung).

Eingang seiner Ausführungen skizzierte Wößmann die große Bedeutung gleicher Startchancen für die Funktionsfähigkeit und Akzeptanz der freiheitlichen marktwirtschaftlichen Ordnung. „Wenn wir über Marktwirtschaft reden, dann kommt es ganz zentral auf die Bildungspolitik an“, betonte Wößmann. „Denn Bildungspolitik ist in der Tat prinzipiell in der Lage, relativ gleiche Startchancen für die Menschen in einer Gesellschaft bereitzustellen.“ Umso erstaunlicher sei es, dass von den ordnungspolitischen Vätern der Sozialen Marktwirtschaft Bildung und Bildungspolitik so gut wie nicht thematisiert worden seien. Bis heute würden diese Bereiche von der Ordnungstheorie und -politik stiefmütterlich behandelt. Eine ähnlich geringe Bedeutung habe das Thema Bildung in der christlichen Soziallehre oder im Rahmen traditioneller Konzepte des Wohlfahrtsstaates. Angesichts der Tatsache, dass es in der Nachkriegszeit bis in die 1960er Jahre hinein sehr viel mehr Tätigkeiten als heute gegeben habe, die trotz geringer Qualifikationsanforderungen gut entlohnt gewesen seien, könne man diese Vernachlässigung der Bildungspolitik zwar ein Stück weit nachvollziehen. Allerdings habe sich das Wirtschaftsleben in den vergangenen Jahrzehnten grundlegend verändert und viele dieser Tätigkeiten seien

aus Deutschland abgewandert. Die Versuche des Wohlfahrtsstaates, mit teurer Umverteilung das zu kitten, was zuvor durch ein unzureichendes Bildungsfundament versäumt wurde, seien heute weder effektiv noch effizient. In einer globalisierten, dynamischen Welt sei vielmehr gute Bildung ein zentrales Prinzip einer nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft. „Bildungspolitik ist die moderne Sozialpolitik“, konstatierte der Wissenschaftler und zeigte sich zuversichtlich, dass Walter Eucken – würde er heute leben – Bildungspolitik nicht mehr als ordnungspolitisches Thema ignorieren würde.

Mit Blick auf zahlreiche empirische Ergebnisse stellte Wößmann dem deutschen Bildungssystem ein schlechtes Zeugnis aus, was die Herstellung gleicher Startchancen betrifft, und warnte davor, diese Defizite kleinzureden. Den PISA-Studien der OECD zufolge nehme Deutschland im internationalen Vergleich regelmäßig Spitzenplätze bei der Ungleichheit der Schülerleistungen 15-Jähriger ein. Bedenklich sei dabei der im Vergleich zu anderen europäischen Staaten große Einfluss des familiären Hintergrunds auf die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen. Wößmann betonte, dass dieser Sachverhalt keine Naturkonstante sei, und verwies darauf, dass in keinem anderen Land die Ungleichheit der Schülerleistungen zwischen dem Ende der Grundschule und der Mittelstufe so stark ansteige wie in Deutschland. Zwar liege Deutschland bei den Viertklässlern noch in der Gruppe der Länder mit überdurchschnittlicher Chancengleichheit. Doch bereits beim Übergang zu weiterführenden Schulen än-

dere sich das Bild: Diesbezüglich verwies er auf Berechnungen des PISA-Konsortiums, die zeigten, dass – bei identischem Kompetenzniveau – Kinder aus Akademikerfamilien in Deutschland eine viermal so hohe Wahrscheinlichkeit hätten, ein Gymnasium zu besuchen, wie Kinder aus Arbeiterfamilien. Der außerordentlich hohe Einfluss des Elternhauses auf das Bildungsergebnis ziehe sich wie ein roter Faden auch durch den weiteren Verlauf der Bildungsbiographien von Jugendlichen, betonte Wößmann. Beispielsweise begannen 95 Prozent der Kinder von Beamten mit Hochschulabschluss auch selbst ein Hochschulstudium, aber nur 17 Prozent der Arbeiterkinder. Sein Zwischenfazit lautete: „Chancengleichheit ist in Deutschland nicht gegeben“ – und das, obwohl man sich seit 40 Jahren darum bemühe, die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu erhöhen.

Wößmann untermauerte die wirtschaftliche Bedeutung guter Bildung. Nicht nur gebe es einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem höchsten erzielten Bildungsabschluss und dem durchschnittlichen Monatseinkommen, auch das Arbeitslosigkeitsrisiko steige für Menschen ohne Schulabschluss und ohne berufliche Ausbildung dramatisch an. „Das wirkliche Arbeitslosigkeitsproblem, das wir heute in Deutschland haben, ist die Arbeitslosigkeit Geringqualifizierter“, so Wößmann. Versäumnisse in der Bildungspolitik führten dazu, dass diese Menschen beim Eintritt ins Berufsleben keine gleichen Startchancen mehr hätten. Das Ausmaß des Problems könne man erahnen, wenn man sich bewusst mache, dass heute Jahr für Jahr etwa acht Prozent der Kinder eines Jahrgangs die Schule ohne Abschluss verlassen und rund 15 Prozent es nicht schaffen, eine Berufsausbildung erfolgreich abzuschließen, erläuterte der Wissenschaftler.

Eigene empirische Analysen von ihm zeigten, dass das Wirtschaftswachstum langfristig um die Hälfte steigen würde, wenn das deutsche Bildungssystem vergleichbar gute Ergebnisse hervorbrächte, wie die PISA-Spitzenreiter. Der langfristige Wohlstandsgewinn wäre erheblich. Sofern man nichts am Status quo ändere, dass jeder fünfte 15-Jährige in Deutschland nicht über das Grundschulniveau hinauskomme, verzichte man bis zum Jahr 2090 aufgrund des folglich niedrigeren Wirtschaftswachstums auf ein Bruttoinlandsprodukt von insgesamt 2,8 Billionen Euro, schätzte Wößmann. Durch Nichtstun oder wirkungslosen Aktionismus in der Bildungspolitik entstünden somit horrenden Folgekosten.

Abschließend skizzierte Wößmann mehrere Reformelemente, um die Chancengerechtigkeit zu verbessern. Da die Ertragsraten bildungspolitischer Investitionen umso höher seien, je früher sie im Lebenszyklus ansetzten und dies besonders ausgeprägt bei sozial benachteiligten Kindern gelte, empfahl der Wissenschaftler, die staatliche

Bildungsverantwortung und -finanzierung zu Beginn des Lebenszyklus zu fokussieren, also bei der frühkindlichen und schulischen Bildung. Was die universitäre Ausbildung betreffe, sei hingegen eine Kombination von Studiengebühren mit in Abhängigkeit vom späteren Einkommen rückzahlbaren Studienkrediten sinnvoll.

Zweitens zeigten internationale Analysen, dass Schüler dann am meisten lernen, wenn die Schulen privat geleitet, also in freier Trägerschaft seien, aber staatlich finanziert würden und miteinander im Wettbewerb stünden. Von einem solchen wettbewerblichen Modell würden die derzeit benachteiligten Schüler am stärksten profitieren. Wichtig dabei sei, dass man den Schulen größere Freiheiten einräume, etwa was die Höhe von Lehrergehältern betrifft, zugleich aber externe Leistungsstandards vorgebe, die von den Schülern erreicht werden müssen.

Als letztes Element empfahl Wößmann – anders als sein Vorredner Wöllner – längeres gemeinsames Lernen der Schüler. Die frühe Aufteilung der Schüler im mehrgliedrigen Schulsystem behindere die Chancengleichheit, ohne dass dadurch das Leistungsniveau insgesamt gesteigert werde. Wößmann verwies außerdem darauf, dass in den meisten anderen OECD-Ländern die Aufteilung der Schüler erst in höherem Alter stattfindet. Bei Verwirklichung dieses bildungspolitischen Reformkatalogs sah er gute Chancen, gleiche und damit gerechtere Startchancen in der Sozialen Marktwirtschaft herzustellen.





## Bildungssysteme und Bildungserfolge im internationalen Vergleich – Schlussfolgerungen für Deutschland

Prof. Dr. Barbara Ischinger  
Direktorin für Bildungswesen der OECD

Die Bildungsdirektorin der OECD, Prof. Dr. Barbara Ischinger, konfrontierte die Anwesenden mit aktuellen empirischen Ergebnissen der OECD, was die Bildungserfolge von Kindern und Jugendlichen in Deutschland im Vergleich zu anderen OECD-Staaten betrifft. Neben den Ergebnissen der PISA-Studien für den Sekundarbereich ging sie auch auf die Hochschulen (Tertiärbereich) ein. Besonderes Augenmerk richtete Ischinger auf den Einfluss, den sozio-ökonomische Faktoren oder ein Migrationshintergrund – im Durchschnitt – auf die Bildungsleistungen und den Bildungserfolg haben. Diesbezüglich sah sie für Deutschland noch beträchtliches, bisher ungenutztes Potential und damit auch großen Handlungsbedarf, um bessere Zukunftschancen für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen.

Im Hinblick auf den Bildungserfolg von Kindern aus Migrationsfamilien sei besonders bedenklich, dass Kinder der zweiten Generation, die bereits in Deutschland geboren seien, in der PISA-Studie 2006 sowohl im naturwissenschaftlichen Bereich als auch bei der Lesekompetenz nicht nur deutlich schlechter als „einheimische“ Kinder ohne Migrationshintergrund abgeschnitten hätten, sondern auch schlechter als diejenigen der ersten Migrationsgeneration. „Das ist das Bedauerliche und es sind nur wenige Länder in der OECD, bei denen dieses Phänomen sinkender Kompetenzen der zweiten Generation zu beobachten ist“, konstatierte Barbara Ischinger. Sie wies darüber hinaus darauf hin, dass man auch in den höheren Altersgruppen zwischen 20 und 24 Jahren oder 25 und

29 Jahren einen Bildungsrückstand von Menschen mit Migrationshintergrund beobachten könne.

Die OECD-Vertreterin bekräftigte die bereits von ihrem Vorredner Ludger Wößmann geäußerte Kritik, dass sich der Einfluss des sozio-ökonomischen Hintergrunds der Schüler viel zu deutlich im Bildungserfolg niederschlage. Sozio-ökonomische Faktoren könnten zu einem beträchtlichen Teil das vergleichsweise schlechte Abschneiden von Kindern mit ausländischen Wurzeln in den PISA-Studien erklären. Darüber hinaus hänge deren Bildungserfolg in ähnlich starkem Maße davon ab, ob in den Familien zu Hause deutsch gesprochen werde oder nicht. Rechne man diese beiden Einflussgrößen aus den PISA-Ergebnissen heraus, bestehe kaum mehr ein Unterschied zwischen den schulischen Leistungen von „einheimischen“ Kindern und von Kindern mit Migrationshintergrund. Ischinger plädierte angesichts dieser Tatsache dafür, die Verwendung der deutschen Sprache in den Migrationsfamilien zu fördern. Deutschland, wie auch einige andere Länder, hätten bereits entsprechende Initiativen zur Förderung der jeweiligen Landessprache mit guten Erfolgen gestartet. Allerdings dürfe man sich bei der Förderung der Sprachkompetenz nicht allein auf die Elternhäuser verlassen, sondern müsse auch andere Strukturen schaffen, damit Kinder mit Migrationshintergrund möglichst früh möglichst gute Deutschkenntnisse erwerben. Nur dann könne Chancengleichheit erreicht werden. Ischinger hob hervor, dass es sich bei der Förderung der deutschen Sprache um gut investiertes Geld handele.



Als weiteres bildungspolitisches Element müsse man auch Erzieher und Lehrer besser als bisher darauf vorbereiten, mit Kindern aus unterschiedlichen Kulturkreisen umzugehen und sich auch in deren Kulturkreisen besser zurechtzufinden. Die Vertreterin der OECD bedauerte in diesem Zusammenhang, dass Deutschland an der OECD-Lehrerstudie TALIS nicht teilgenommen habe. Schließlich spreche auch einiges dafür, so Ischinger, dass eine spätere Aufteilung der Schüler auf weiterführende Schulen zu besseren Ergebnissen führt. Sie verwies in diesem Zusammenhang exemplarisch auf entsprechende Reformen in Polen, wo sich in den vergangenen Jahren gezeigt habe, dass es in der Folge mehr Lernwillige und weniger schlecht Lernende gebe. Eine stärkere Mischung der Klassen führe dazu, dass Schüler mit guten Leistungen als Zugpferd für Schwächere fungierten und eine Vorbildfunktion übernehmen könnten.

Im Hinblick auf den Hochschulbereich konstatierte Ischinger zunächst, dass keine Sättigung der Arbeitsmärkte für höher Qualifizierte erkennbar sei – und das, obwohl die Zahl der Hochschulabsolventen in den vergangenen 10 Jahren weltweit um rund ein Drittel gestiegen sei. Auch die Wirtschaftskrise habe die Arbeitsnachfrage nach Hochqualifizierten kaum beeinträchtigt. Hingegen hätten sich die Arbeitsmarktchancen für Geringqualifizierte auch schon vor der Krise verschlechtert. Diese Entwicklung spiegele sich auch in einer steigenden Einkommensspreizung wider. „Absolventen einer tertiären Ausbildung verdienten 2008 im Schnitt 67 Prozent mehr als Absolventen einer beruflichen Ausbildung“ berichtete Ischinger. „10 Jahre zuvor war dieser Einkommensvorteil mit rund 30 Prozent nicht einmal halb so groß.“ Gemessen an diesen Fakten könne die Zahl der Studienanfänger bzw. der Anteil derjenigen, die einen tertiären Abschluss erreichten, in Deutschland noch nicht vollständig überzeugen. Während

im OECD-Durchschnitt etwa 37 Prozent eines Jahrgangs einen Hoch- oder Fachhochschulabschluss machten, seien es in Deutschland nur 25 Prozent. Problematisch sei auch, dass in Deutschland etwa ein Drittel der Studierenden die tertiäre Ausbildung ohne ersten Abschluss vorzeitig verlasse. Da auch andere Länder ähnliche Probleme mit hohen Drop-out-Quoten hätten, werde auf OECD-Ebene derzeit intensiv über dieses Problem und mögliche Lösungsansätze diskutiert.

Ischinger bestätigte, dass mehr Geld im Bildungswesen kein Garant für bessere Ergebnisse sei. Allerdings bedürfe es einer bestimmten Mindestausstattung, um die Bildungsinfrastruktur bereitzustellen und qualifizierte und zufriedene Lehrkräfte zu haben. Diesbezüglich wies sie darauf hin, dass der Anteil der privaten und öffentlichen Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland unter dem OECD-Durchschnitt liege. Darüber hinaus betonte sie die Bedeutung des „lebenslangen Lernens“, bei dem Deutschland im internationalen Vergleich zwar nicht schlecht dastehe, das aber nichtsdestoweniger weiter verstärkt werden müsse. Ziel müsse sein, dass sich nicht nur – wie bisher zu beobachten sei – Hochqualifizierte weiterbilden, sondern auch diejenigen, die ohnehin Bildungsdefizite hätten.

Ischinger schloss mit der Empfehlung, dass man neben der möglichst frühkindlichen Förderung der Sprachkompetenz sowie der Eindämmung des Einflusses sozio-ökonomischer Faktoren im Hochschulbereich, stärker auf internationalen Austausch setzen sollte, um auch hier zusätzliche Potentiale für qualifizierte Nachwuchskräfte zu erschließen. Angesichts der prognostizierten demographischen Entwicklung und des sich bereits abzeichnenden Fachkräftemangels könnte ein solcher Schritt hilfreich und notwendig sein.



## Diskussion mit Impulsstatements aus der Politik

10

**Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB**  
**Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und**  
**Forschung der SPD-Bundestagsfraktion**



Die abschließende Diskussionsrunde wurde von Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB eröffnet. Der SPD-Parlamentarier skizzierte in seinem Impulsstatement fünf aus seiner Sicht zentrale bildungspolitische Aufgaben. Da die ersten Lebensjahre für den weiteren Bildungserfolg entscheidend seien, müsse man erstens einen Schwerpunkt bei der institutionalisierten frühkindlichen Bildung legen. Es dürfe für die Eltern keine Anreize geben – etwa durch ein Betreuungsgeld –, Kindertagesstätten und Bildungseinrichtungen auszuweichen. Für ihn grenze es an Schizophrenie, wenn man einerseits Familien dafür prämiere wolle, dass sie ihre Kinder nicht in Kindertagesstätten geben, andererseits aber – sollte es sich um Migranten handeln – die Sanktionierung eines solchen Verhaltens propagiere. Zweitens plädierte Rossmann dafür, stärker als bisher den Bildungshunger Jugendlicher zu erkennen und zu fördern, wobei ein Schwerpunkt auf Jugendliche mit Migrationshintergrund gelegt werden müsse. Drittens mahnte er eine Konzentration der Ressourcen an. Das gelänge am besten durch ein zweigliedriges Schulsystem, das an beiden weiterführenden Schultypen alle Abschlüsse ermögliche. Darüber hinaus müsse man die großen Lücken bei den Ganztagschulen in Deutschland schließen.

Um die Bildungspotentiale besser als bisher zu nutzen, müssten viertens verstärkt „zweite Chancen“ geschaffen

werden – einerseits für die rund 1,5 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren, die ohne Ausbildung am Anfang ihres Erwerbslebens stehen, andererseits aber auch für die rund 4 Millionen funktionalen Analphabeten.

Schließlich müsse es fünftens darum gehen, Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit bis in die gesellschaftliche Spitze zu schaffen. Hier sprach sich Rossmann für einen Rechtsanspruch auf Aufstiegsstipendien aus, da damit auch bisher verborgene Potentiale geweckt werden könnten. Es reiche nicht, mit Stipendien nur die zu fördern, die sich bereits für ein Studium entschieden hätten, sondern man müsse dafür sorgen, dass alle die gleichen Chancen haben, überhaupt ein Studium aufzunehmen.

**Patrick Meinhardt MdB**  
**Bildungspolitischer Sprecher und Vorsitzender**  
**des Arbeitskreises Innovation, Gesellschaft und**  
**Kultur der FDP-Bundestagsfraktion**

Patrick Meinhardt MdB konzentrierte sich in seinem Impulsstatement auf drei Punkte, die er als Gemeinsamkeit derjenigen Staaten identifizierte, die bei den von der OECD durchgeführten PISA-Ländervergleichen besonders gut abschneiden. Wenn ganz unterschiedliche Länder mit unterschiedlichen Schulstrukturen gute Bildungserfolge erzielten, dann müsse man die wenigen verbindenden Elemente dieser Gewinnerländer besonders ins Auge fassen



Patrick Meinhardt MdB

und als Orientierungspunkte für die nationale Bildungsdebatte verwenden, argumentierte der FDP-Parlamentarier.

Die erste Gemeinsamkeit der PISA-Gewinner sei ein Schwerpunkt in der frühkindlichen Bildung. In Deutschland verließen hingegen 25 Prozent der Kinder den Kindergarten mit erheblichen Sprachproblemen. Hier müsse man gegensteuern. Der internationale Vergleich zeige, so Meinhardt, dass es dabei weniger darum gehe, Unmengen mehr Geld auszugeben, sondern die vorhandenen Mittel müssten effizienter und mit stärkerer Priorisierung eingesetzt werden.

Die zweite Gemeinsamkeit sei ein besonderer Fokus auf der Lehrerausbildung und dem Beruf „Lehrer“. Schließlich stünden die Lehrerinnen und Lehrer im Zentrum der Bildungsvermittlung. Daher sei es wichtig, von Beginn des Lehramtsstudiums an die pädagogische Eignung, insbesondere die Fähigkeiten, Bildungshunger bei jungen Menschen zu wecken, in den Blick zu nehmen und zu schulen. Davon profitierten nicht nur die Lehramtsstudierenden selbst, sondern das ganze Bildungssystem.

Drittens zeige sich, dass erfolgreiche PISA-Länder ihren Schulen eine beträchtliche Eigenverantwortlichkeit einräumten. Das wirke sich nicht nur schulintern zwischen Schülern, Eltern und Lehrern positiv aus, sondern ermögliche auch, dass zwischen den Schulen ein Wettbewerb um die bestmögliche Bildung stattfinde. Mit Blick auf die schulische Eigenverantwortung thematisierte Meinhardt den gegenwärtigen Karriereweg zum Schulleiter und warf die Frage auf, ob diesbezüglich nicht auch betriebswirtschaftliche Qualifikationen stärker berücksichtigt werden müssten. Wettbewerb zwischen den Schulen könne allerdings nur dann funktionieren, wenn es eine faire und ausgleichende Beteiligung von staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft gebe.

**Priska Hinz MdB**  
**Bildungspolitische Sprecherin**  
**der Bundestagsfraktion**  
**Bündnis 90/Die Grünen**

Die bildungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Priska Hinz MdB, betonte, man müsse die individuellen Bildungsbiographien und die gesamte Bildungskette in den Blick nehmen, wenn man die im Veranstaltungstitel formulierten Ziele ernst nehme. Anhand von vier Punkten stellte sie aus Sicht der Grünen die dabei zu setzenden Schwerpunkte dar.

Ähnlich wie ihre Vorredner betonte sie die frühkindliche Bildung – diese sei das Wichtigste. Daher plädierte sie für einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab



Priska Hinz MdB

dem 1. Lebensjahr und eine verbesserte, in den Alltag der Kindertagesstätten integrierte Sprachförderung durch qualifiziertes Personal. Im Bereich der Schulen bemängelte die Parlamentarierin, dass zu viele Kinder beim Verlassen der Schule de facto nicht ausbildungsfähig seien. Gegensteuern könne man u.a. durch einen flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen, da diese eine bessere individuelle Förderung ermöglichen.

Außerdem trat Priska Hinz für längeres gemeinsames Lernen ein, wobei die Entscheidung darüber dezentral von den Schulen mit den Schulträgern zu treffen sei. Wichtig sei, dass alle Schulen die Schüler zu einem Schulabschluss führten und dass der Übergang in eine Oberstufe geregelt sei, damit alle Kinder die Möglichkeit hätten, ein Abitur zu machen.

Drittens sah sie Verbesserungsbedarf beim Übergang von der Schule in den Beruf. Neben einer stärkeren Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen müsse der Übergangsdschungel gelichtet werden. Angesichts der nach wie vor hohen Zahl von 300.000 Altbewerbern, die keine reguläre Ausbildungsstelle erhielten, trat sie für das von den Grünen vorgeschlagene Modell „DualPlus“ ein. Neben der Beteiligung von Unternehmen sehe dieser Vorschlag auch überbetriebliche Ausbildungsstätten vor, um so mehr Ausbildungsplätze zu schaffen.

Als vierten und letzten Punkt mahnte Hinz Verbesserungen bei der Weiterbildung an. Wenn man lebenslanges Lernen oder die Rente mit 67 ernst nehme, müsse man hier mehr investieren, beispielsweise durch ein altersgrenzenunabhängiges Erwachsenen-BAföG.

## Diskussion



Im Rahmen der von Barbara Gillmann, Parlamentskorrespondentin beim Handelsblatt, kompetent geleiteten Diskussion wurde konstruktiv über unterschiedliche Ansätze diskutiert, wie man das deutsche Bildungssystem effizienter und durchlässiger machen kann. Ein Schwerpunkt stellte die frühkindliche Bildung dar, die von allen Rednern als prioritär und verbesserungswürdig eingestuft wurde. Hinsichtlich der konkreten Maßnahmen gab es hingegen unterschiedliche Auffassungen, beispielsweise was die Frage eines verpflichtenden Vorschuljahres angeht. Weitgehend einig war man sich hingegen darin, dass die Qualität der Kindergärten und Kindertagesstätten weiter verbessert und die Anreize für den freiwilligen Besuch dieser Bildungseinrichtungen gestärkt werden müssten – auch wenn das mehr Geld koste. Von den meisten Rednern kritisch gesehen wurde das ab 2013 angedachte Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen. Barbara Ischinger wies darauf hin, dass dies der Absicht entgegenwirke, mehr Mütter in das Berufsleben zu bringen. Gerade angesichts der zunehmenden Bevölkerungsalterung sei es ökonomisch wichtig, die Frauenerwerbstätigkeit zu stärken.

In Bezug auf die besonderen Probleme von Kindern mit Migrationshintergrund wies Minister Roland Wöllner darauf hin, dass man nicht alle Zuwanderer über einen Kamm scheren dürfe. In Sachsen könne man beispielsweise beobachten, dass Kinder von vietnamesischen Eltern über einen außergewöhnlich großen Bildungshunger verfügten, der sich auch in einer überdurchschnittlich hohen Abiturquote niederschläge.

Unterschiedliche Auffassungen wurden darüber hinaus bei der Frage nach der föderalen Bildungsverantwortlichkeit deutlich. Während beispielsweise Patrick Meinhardt MdB davor warnte, die Kooperationsmöglichkeiten von Bund und Ländern im Bildungsbereich wiederzubeleben – schließlich hätte die bis 2006 mögliche Kooperation die schlechten PISA-Ergebnisse nicht verhindert – und für klare Verantwortlichkeiten und eine angemessene Finanzausstattung der Bundesländer plädierte, sah Priska Hinz MdB Bildung als gesamtstaatliche Aufgabe an, bei der man die Möglichkeit einer Beteiligung des Bundes nicht von vornherein ausschließen dürfe.

